

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 11

SPD

November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

es ist kaum zu glauben, wieviel Unsinn in den sogenannten sozialen Netzwerken unterwegs ist - und wieviele Menschen diesen Unsinn auch noch glauben (wollen). Mit dem „Global Compact for **safe, orderly and regular** Migration“ habe ich in diesem newsletter ein aktuelles Beispiel einer Lügenkampagne aufgegriffen und verweise gerne auf die Originalquellen des Abkommens. In Stuttgart hat sich übrigens der CDU Kreisvorstand von der AfD-Kampagne beeindruckt lassen und flugs den Beschluss gefasst, auch dagegen zu sein. Das ist bemerkenswert, müsste es doch zumindest der CDU-Kreisvorsitzende Stefan Kaufmann besser wissen. Sein baden-württembergischer CDU-Kollege Stefan Habarth hat für die CDU eine bemerkenswerte [Rede dazu im Plenum](#) gehalten. Neben der inhaltlichen Notwendigkeit dieses Abkommens treibt mich allerdings die Frage um, warum es uns demokratischen Kräften - inklusive der demokratischen Parteien - hierzulande nicht gelingt, einmal eine positive Kampagne zu verankern. Natürlich, weil es immer leichter ist, gegen etwas zu mobilisieren und bestimmt auch, weil es nicht schwer ist, in diesen unübersichtlichen Zeiten Ängste zu schüren. Trotzdem wäre es doch aller Anstrengung wert, eine positive Kampagne zu starten. Der Anlass ist schon in Sichtweite: Am 26. Mai 2019 ist nämlich nicht nur unsere Kommunalwahl - an dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch an unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Stuttgarter Gemeinderat. Wir haben eine prima Liste - mit jung und alt, gut gemischt und mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen - aufgestellt. Martin Körner und Jasmin Meergans führen die Liste auf Platz 1 und 2 an. Den beiden und allen Kandidierenden viel Erfolg! Gleichzeitig ist Europawahltag, der nicht weniger Aufmerksamkeit braucht. Aus meiner Sicht ein guter Zeitpunkt für eine positive Kampagne. Damit wir auf eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit, Demokratie und sozialer Sicherheit in Europa bauen und nicht den nationalistischen und schlecht gelaunten Antidemokraten das Feld überlassen. Das Friedensversprechen der Europäischen Union muss ergänzt werden, um eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik. Mit Mindeststeuern und Mindeststandards der sozialen Sicherung. Aber das sind die Details, die es im Programm auszuarbeiten gilt. Wichtiger wird sein, dass wir die große Idee eines friedlichen Europas in guter Nachbarschaft und solidarischem Miteinander weitertragen. Darauf freue ich mich, denn es ist eine positive Vision, für die es sich lohnt zu werben, damit sie Wirklichkeit wird.

Herzliche Grüße



„Bezahlbarer Wohnraum - Was tun?“

Aus der Reihe „Stadtleben“ des Fritz-Erlers-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung wird vertiefend über bezahlbaren Wohnraum diskutiert.

Mit dabei die „Stadtlücken“-Initiative, ein „Tiny-Haus-Bewohner“ und Beteiligte am Eiermann-Areal.

Am **Mi., 5. Dezember, um 18 Uhr**, im Laboratorium Stuttgart-Ost, Wagenburgstr. 147
Anmeldungen bitte an:
susanne.ennulath@fes.de

Der „InnoTruck“ kommt nach Stuttgart:

Der „InnoTruck - Technik und Ideen für Morgen“ ist jedes Jahr mit seiner mobilen Ausstellung an rund 80 verschiedenen Standorten in ganz Deutschland zu Gast.

Die Bundesregierung und die Partnerinnen und Partner konzentrieren sich mit der Ausstellung auf Forschungsfelder, die viele Innovationen, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand versprechen. Die Ausstellung im „InnoTruck“ stellt diese Zukunftsaufgaben anhand von insgesamt mehr als 80 Exponaten vor. Wer sich noch nähere Informationen wünscht, kann diese auch [hier](#) nachlesen oder besucht den „InnoTruck“ einfach gleich in Stuttgart:

In Stuttgart wird der „InnoTruck“ am Haus der Wirtschaft **am 29. und 30. November sowie am 3. und 4. Dezember** gastieren.

Mehr Mittel für eine starke staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit

Dank dem Einsatz der Abgeordneten bei den abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 wird die ODA-Quote (Anteil der staatlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen) weiter bei 0,51 % liegen. Der Haushaltsausschuss hat zusätzlich 700 Millionen Euro an ODA-Ausgaben bereitgestellt. Gemäß des Koalitionsvertrags soll die ODA-Quote nicht sinken. Dafür hat sich die SPD-Bundestagsfraktion stark gemacht und dieses Ziel haben wir nun erreicht. Mehr dazu [hier](#).

Nichtregierungsorganisationen sind das Rückgrat der Entwicklungspolitik. Daher sind auf SPD-Initiative die Mittel für private Träger, für die entwicklungspolitische Bildung im Inland wie auch für den Zivilen Friedensdienst spürbar aufgestockt worden. Nähere Informationen gibt es [hier](#).

Die UN-Organisationen und UN-Fonds sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungspolitik und leisten große Dienste in den Entwicklungsländern. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion in den finalen Ausschussberatungen zum Bundeshaushalt 2019 massive Erhöhungen im Umfang von 70 Millionen Euro für die UN-Institutionen durchgesetzt. [Hier](#) gibt es nähere Infos zu weiteren Erhöhungen.

Bürger*innenanliegen

Im Zuge der Debatten rund um den Migrationspakt haben mich einige Zuschriften erreicht. Die betäubungslose Ferkelkastration war ein zweites Thema, was viele bewegte. Darüber hinaus erreichten mich Briefe zum §219a - dem Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, zum Dieselkompromiss, zu Lebensmittelversorgungsketten und zum Pflegegeldbeitrag. Auch Fragen zu Räumungsklagen und zum Mangel an barrierefreien Wohnungen, zum Familiennachzug, zum Flugbenzin und zum Bestellerprinzip beim Immobilienkauf erreichten mich.

Mit dem Bundesarbeitsminister im Gespräch über Langzeitarbeitslosigkeit

In entspannter Stimmung sprach Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im Fairkaufhaus der Caritas in Feuerbach mit Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen und Gästen über neue Fördermaßnahmen für Menschen, die lange nicht mehr in einem festen Arbeitsverhältnis waren. Das "2handKaufhaus", das vom Caritasverband Stuttgart e.V. betrieben wird, kümmert sich insbesondere um Beschäftigungsmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen und die Verbesserung von deren Lebenssituation. Insofern war es der richtige Ort für den Minister, sich ein Feedback zum neuen Teilhabechancengesetz einzuholen, und zwar von den Menschen, die es auch betrifft. Hubertus Heil erklärte, dass es sich dabei um ein Gesetz handle, welches den Betroffenen endlich langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten und so auch länger Sicherheit biete. Bundesweit werden nun mehrere Milliarden zur Reintegration der Menschen in den Arbeitsmarkt aufgewendet. Die Zuhörer konnten dazu Fragen stellen und ihre Meinung äußern. Es ist gut und wichtig, dass endlich auch Langzeitarbeitslose in Stuttgart mehr Chancen bekommen; das sind gute Nachrichten! Der Bundesminister sagte treffend dazu: „Jeder ist seines Glückes Schmied. Aber nicht jeder Schmied hat Glück!“

Das Jobcenter Stuttgart erhält 2019 rund 7,3 Millionen Euro mehr für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr. Neben den Lohnkostenzuschüssen gibt es ein begleitendes Coaching für die Beschäftigten und für die Arbeitgeber. Insgesamt wurden neben den Finanzmitteln auch die Rahmenbedingungen verbessert. Mehr Infos zum Teilhabechancengesetz gibt es [hier](#).



Der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration

Es wird gerade viel Staub rund um den [Globalen Pakt für Migration](#) aufgewirbelt. Es erschreckt mich, dass in Teilen unserer Gesellschaft den Halbwahrheiten und Falschmeldungen unseriöser Internetportale, Petitionsaufrufen und AfD-Kampagnen Glauben geschenkt wird. Der Pakt ist rechtlich nicht bindend und begründet keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen. Wir behalten dementsprechend auch unsere nationale Souveränität. Nationale Hoheitsrechte werden weder eingeschränkt noch übertragen. Der Pakt soll vielmehr legale Migration besser steuern und irreguläre Migration und ihre negativen Wirkungen auf alle Beteiligten reduzieren.

Mittlerweile wurden einige seriöse Publikationen veröffentlicht. Allen, die sich ernsthaft mit dem Pakt auseinandersetzen möchten, rate ich daher zu folgender Lektüre: Allen voran hat die [Deutsche Gesellschaft der Vereinten Nationen](#) einen kurzen, knackigen Beitrag auf ihrer Website, der auch zur deutschen Übersetzung des Paktes und zu einem [SWP „kurz gesagt“ Beitrag](#) verlinkt. Ebenfalls für empfehlenswert halte ich die Publikation der Stiftung Entwicklung und Frieden [„Die Globalen Pakte für Flüchtlinge und Migration. Verantwortlichkeiten und politische Implikationen“](#).

Das Schlossgeheimnis - junge Detektive gegen Trickbetrüger

Der verarmte Graf will die braven Bürgerinnen und Bürger um ihr Erspartes bringen - doch die Kinder Maja und Lasse durchschauen seine miesen Tricks und bewahren ihre Mitbürger vor Investitionen in eine Luftnummer... Auch das gehört zu den Aufgaben einer Abgeordneten: am bundesweiten Vorlesetag bin ich wie jedes Jahr wieder gerne in der Lerchenrainschule. Meine Zuhörerinnen und Zuhörer haben gebannt zugehört und wir alle waren glücklich, weil am Ende die Guten gewonnen haben. Wenn es doch nur immer so wäre...



Was Fahrverbote für Reisemobile bedeuten würden: Die Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in vielen deutschen Städten würden praktisch alle der rund 600.000 in Deutschland zugelassenen Reisemobile betreffen, da die Dieselmotoren selbst bei den neuesten Modellen die Euro-Norm 6d nicht erfüllen. Mit einem SCR-Filter können die Emissionen der Stickoxide jedoch um 90% reduziert werden. Damit könnte nicht nur den Fahrzeugbesitzern, sondern auch der Umwelt geholfen werden. Deshalb ging nun ein Schreiben an Bundesverkehrsminister Scheuer, mit der Bitte, hier zügig tätig zu werden. Denn es gilt, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Reisemobile auch rechtssicher nachgerüstet werden können. Bisher zeigt sich der Verkehrsminister hier leider noch nicht aktiv. Vielleicht hilft die Initiative mit den über 3.000 Unterschriften, die mir übergeben wurden, gesammelt vom Magazin „Reisemobil international“, dass auch dieses Thema vorankommt.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

